

Kommentar

Schilys Poker

Von Norbert Spinrath

"Schilys Poker: Zeit ist Geld", titelte das Hamburger Abendblatt und berichtete: "Der Frust bei den deutschen Beamten ist groß. Noch nie mussten die Staatsdiener so lange auf ihren Tarifabschluss warten wie in diesem Jahr. Vor allem die Gewerkschaft der Polizei drängt beim zuständigen Bundesinnenministerium auf eine rasche Entscheidung -sonst seien Demonstrationen die Folge." Mit gewerkschaftlichen Aktionen, gar mit einem "heißen Herbst" muss der Bundesinnenminister tatsächlich rechnen, wenn er mit seiner Verzögerungstaktik weiter macht, die ihm ein erkleckliches Sümmchen in die öffentlichen Kassen spült, zu Lasten der beamteten Kolleginnen und Kollegen, die im Gegensatz zu den Tarifbeschäftigten immer noch in die Röhre blicken. Es ist den 3,1 Millionen Tarifbeschäftigten unser Erfolg zu gönnen, dass sie bereits über die Einkommensverbesserungen verfügen, die die DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für sie ausgehandelt haben. Neben einer Einmalzahlung von 400 Mark erhalten sie seit August 2,0 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Ab September 2001 beträgt die Steigerung 2,4 Prozent. Selbst wenn dieses Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich übernommen wird, haben die Beamten dennoch weniger in der Tasche, da sie 0,2 Prozentpunkte der Versorgungsrücklage für die Pensionen opfern müssen. Die Stimmung der Polizeibeamtinnen und -beamten sowie der Versorgungsempfänger nähert sich dem Siedepunkt, nachdem der Bundesinnenminister ein Vierteljahr nach dem Abschluss der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst immer noch keinen Gesetzentwurf über die Anpassung der Besoldung und Versorgung im Jahr 2000 vorgelegt hat. Mit dieser Verzögerung führt der Bundesinnenminister Einkommensminderungen auf kaltem Wege ein. Die Empörung unter unseren Kolleginnen und Kollegen wächst täglich.

Der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei hat auf seiner Sitzung am 13. und 14. September in Hamburg die GdP-Forderung nach zeit- und inhaltsgleicher Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamten und Versorgungsempfänger bekräftigt und verlangt unverzüglich die Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs. Das habe ich auch anlässlich meiner Begrüßungsansprache zum 50-jährigen GdP-Jubiläum in Hamburg Bundeskanzler Gerhard Schröder ins Stammbuch geschrieben, der als Festredner ebenfalls anwesend war. Schröders Antwort darauf: "Ich habe den Bundesinnenminister gefragt, der dafür zuständig ist, und er hat mir gesagt, dass sei unter anderem in den Gesprächen mit Ihnen auf einem vernünftigen Weg. Ich gehe mal davon aus, dass das so ist und dass es bald ein Ergebnis geben wird." Bundesinnenminister Otto Schily, der als Ehrengast bei dieser Feier in der ersten Reihe saß, wird dies hoffentlich als Arbeitsauftrag seines Regierungschefs richtig verstanden haben.

Wir lassen uns nicht weiter von der Einkommensentwicklung abkoppeln. Der Bundesregierung steht ein heißer Herbst mit gewerkschaftlichen Aktionen bevor, wenn sie unserer Forderung nach zeit- und inhaltsgleicher Übernahme des Tarifergebnisses nicht nachkommt und wenn sie überdies ihre Pläne wahr machen will, die vorgesehenen Einschnitte in der Rentenversicherung ohne ausreichende Berücksichtigung des andersartigen Alterssicherungssystems der Beamten auf die Beamtenversorgung zu übertragen. Natürlich weiß die Gewerkschaft der Polizei, dass die demografische Entwicklung und die wirtschaftliche Situation Strukturreformen in der Rentenversicherung erforderlich machen. Es ist kein Geheimnis mehr, dass die Beamtinnen und Beamten in Reformen einbezogen werden sollen, die die Zukunftsfähigkeit der Rentenversicherung sichern sollen. Doch dabei darf man nicht Äpfel mit Birnen verwechseln. Das Beamtenversorgungssystem ist ein eigenständiges Alterssicherungssystem. Korrekturen sind für die

Gewerkschaft der Polizei nur akzeptabel, wenn sie im bestehenden System erfolgen. Jede Absicht, die Beamten für die Sanierung der Rentenfinanzen zur Kasse zu bitten, ist eine klare Kampfansage an die GdP!

(aus DEUTSCHE POLIZEI 10/2000)